



OÖNachrichten

OÖNachrichten / Gesamt

Wie drei Buchstaben zum Konjunktur-Helfer werden könnten

Seite 10 / 09.10.2025

Wie drei Buchstaben zum Konjunktur-Helfer werden könnten

Eine Vereinfachung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wird auch in Oberösterreich heftig diskutiert

VON ULRIKE RUBASCH

LINZ/WIEN. Donaubrücke Mauthausen, 220-kV-Leitung „Zentralraum Linz“, Wirbelschichtkessel der Lenzing AG – die Umweltverträglichkeitsprüfung, kurz UVP, gilt als die „Champions League der Genehmigungsverfahren“ und wird gerne zum Bremsklotz für Infrastrukturprojekte und somit zum Konjunkturbremsen erklärt.

Die Koalition hat bereits angekündigt, das Gesetz (UVP-G) zu novellieren. UVP-Verfahren dauern im Bundesschnitt 25 Monate, „unser Anspruch ist, das zu halbieren“, sagt Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP). Experten fordern seit Längerem, dieses Verfahren zu vereinfachen, insbesondere, weil es Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen mit Einsprüchen über Gebühr verzögern würden.

Dieser Tage hat die Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) der Bundesregierung in Wien ein Fünf-

Punkte-Konzept für raschere UVP-Verfahren überreicht. Es soll ein regelrechter „Turbo“ für einen attraktiveren Wirtschaftsstandort sein und der lahrenden Konjunktur wieder auf die Sprünge helfen. Das Konzept wurde auf Initiative von IWS-Präsident Christoph Leitl von hochrangigen Verfassungs- und Verwaltungsjuristen erarbeitet. Die wichtigsten Vorschläge:

Vereinfachung der Feststellung, welche Anlagen und Projektteile überhaupt einer UVP-Prüfung bedürfen. Weiters sollten Umweltorganisationen, die Parteistellung im Verfahren beanspruchen, Großspender offenlegen. „Es ist bedeutsam, ob eine NGO durch verdeckte Auftraggeber veranlasst handelt.“ Weiters sollten Bürgerinitiativen auf ihre demokratische Legitimation und auch Aktualität geprüft werden. Es gebe Fälle, in denen die ursprünglichen Unterstützer mit der Vorgangsweise des Initiators nicht mehr einverstanden sind. Weiters solle bei den Ausgleichs-



Sanierungsbedürftige Donaubrücke in Mauthausen
Foto: Fotokersch

maßnahmen – wie Bäume pflanzen – eine höhere Flexibilität möglich sein, da es für Projektwerber schwieriger werde, ausreichend Flächen für ökologische Maßnahmen zu sichern. „Das bewirkt enorme Verzögerungen.“

Zu viele Einsprüche?

Die IWS kritisiert auch die Einspruchsmöglichkeit beim Bundesverwaltungsgericht, das bei der Brücke in Mauthausen wieder am Zug ist. Die Einsprüche würden ohnehin vorher im Verfahren berücksichtigt. „Die Energiewende würde

durch den Entfall des den Projektgegnern eingeräumten Revisionsrechts markant erleichtert werden, ohne die Umweltinteressen zu beeinträchtigen“, stellt das IWS fest.

Wie sieht das nun die Behörde, die in Oberösterreich für UVP-Verfahren zuständig ist? Grünen-Landesrat Stefan Kaineder sagt auf Anfrage: „Wir beweisen in Oberösterreich, dass UVP-Verfahren rasch und rechtssicher abgewickelt werden. Dabei werden Parteien- und Beteiligtenrechte gewahrt und ein entsprechender Ausgleich für die Natur vorgeschrieben.“ So konnte in einem UVP-Verfahren 2024 die Detailgenehmigung für den ersten Elektrolichtbogenofen der voestalpine zur Erzeugung von „grünem“ Stahl erteilt werden.

Für die UVP-Verfahren der vergangenen drei Jahre liege die durchschnittliche Verfahrensdauer ab Antragstellung bei 14,6 Monaten. Bei Vollständigkeit der Unterlagen liegt die Behörde bei einem Schnitt von 7,7 Monaten, so

Kaineder. Beide Werte liegen deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt. Selbst beim komplexen Verfahren zur 220-kV-Stromleitung „Zentralraum“ mit 17 verschiedenen Sachverständigen, zahlreichen Einwänden, einer mehrtägigen mündlichen Verhandlung und einem Bescheid im Ausmaß von mehr als 200 Seiten betrug die Verfahrensdauer ab Vollständigkeit der Unterlagen zehn Monate.

Eine neue Judikatur habe allerdings bewirkt, dass die Zahl der Feststellungsverfahren deutlich gestiegen sei, dieser Mehraufwand für Projektwerber und Behörden müsse dringend gesetzlich repariert werden. Kaineder betont, dass „die größten Verzögerungen nicht an den Behörden oder Umweltorganisationen, sondern am Beginn der Verfahren“ lägen: Fast die Hälfte der Gesamtzeit wird in vielen Fällen für die Vervollständigung der Projektunterlagen durch die Projektwerber benötigt.